



**Erklärung gem. § 47 (1) GeschO LT NW**

**Guido van den Berg MdL**

**stellvertretend auch für Dagmar Andres MdL,  
Brigitte Dmoch-Schweren MdL, Stefan Kämmerling MdL,  
Peter Münstermann MdL und Rainer Thiel MdL  
zur Unterrichtung der Landesregierung:**

**„Zukunft des rheinischen Braunkohlereviers  
– weiteres Verfahren zu Garzweiler II“**

**in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion der CDU  
und der Fraktion der FDP (Drucksache 16/5473):  
„SPD und Grüne opfern Arbeitsplätze sowie die sichere  
und bezahlbare Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen  
dem Koalitionsfrieden“**

**am Mittwoch, 9. April 2014  
im Landtag von Nordrhein-Westfalen  
in Düsseldorf  
(in APr 16/56)**

[www.guido-vandenbergh.de](http://www.guido-vandenbergh.de)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Rohwedder. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Bevor wir zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag 16/5473 kommen: Es besteht der Wunsch von sechs Abgeordneten der SPD-Fraktion, gemäß unserer Geschäftsordnung eine mündliche Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten abzugeben.

(Zurufe von der CDU: Oh! –

**Kai Abruszat [FDP]:** Dann ist es wohl doch nicht so einfach!)

Ich erteile daher Herrn Abgeordneten van den Berg stellvertretend für diese sechs Abgeordneten das Wort. – Die Redezeit für diese Erklärung, Herr van den Berg, beträgt drei Minuten. Bitte schön.

**Guido van den Berg (SPD):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Kolleginnen Dagmar Andres und Brigitte Dmoch-Schweren sowie meine Kollegen Stefan Kämmerling, Peter Münstermann und Rainer Thiel haben mich gebeten, für uns eine gemeinsame Erklärung zu der gleich folgenden Abstimmung abzugeben.

Wir sehen die Ankündigung der NRW-Landesregierung kritisch, bereits zum jetzigen Zeitpunkt im vierten Umsiedlungsabschnitt den Verzicht einer Umsiedlung von Holzweiler, Dackweiler und dem Hauerhof in Aussicht zu stellen. Dies widerspricht der geübten Praxis, die Notwendigkeit von Umsiedlungen dann zu prüfen, wenn sie anstehen.

Die sechs Abgeordneten können sich aber auch nicht dem vorgelegten Antrag von CDU und FDP anschließen,

(**Ralf Witzel [FDP]:** Aha!)

da er außer Acht lässt, dass eine Planung jetzt mit insgesamt rund 3,2 Milliarden Tonnen gesichert wird und damit eine Planungssicherheit für einen Zeitraum von mindestens 30 Jahren geschaffen wird. Hieraus eine akute Gefahr für Zehntausende von Arbeitsplätzen ableiten zu wollen – und das macht der CDU-FDP-Antrag – ist aus unserer Sicht schlicht unsachlich.

Mit Blick auf Art. 30 der Landesverfassung betonen wir sechs Abgeordneten unsere Überzeugung, dass der subventionsfreie Rohstoff Braunkohle in der Energiewende noch lange gebraucht wird.

(**Christian Lindner [FDP]:** Richtig! – Zuruf von den PIRATEN)

Nach den Plänen der Bundesregierung soll 2050 der Strom zu 80 % aus Erneuerbaren kommen, zu 20 % aber immer noch aus Fossilen. Wir sollten den heimischen konkurrenzfähigen Rohstoff daher anders schätzen lernen.

(**Christian Lindner [FDP]:** Richtig!)

Ein Land, das seinen Strom zu etwa 50 % für die Industrieproduktion benötigt, ist in der Verantwortung, eine stabile, sichere und konkurrenzfähige Energieversorgung als langfristiges Ziel zu haben.

**(Christian Lindner [FDP]: Richtig!)**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ungeachtet unserer Skepsis hinsichtlich der Entbehrlichkeit eines Umsiedlungsverfahrens im vierten Abschnitt lehnen wir aber auch aus tiefer Überzeugung den von CDU und FDP vorgelegten Antrag ab, da er keine Planungssicherheit für den dritten Abschnitt bedeutet, der jetzt konkret ansteht, und sich auch um die Frage herumdrückt, wie man sich im vierten Abschnitt verhalten will.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ein herzliches Glückauf!

**(Beifall von der SPD)**

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr van den Berg.